

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/3

Bonn, den 6. Januar 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
1 - 2	"Die junge Generation und die Zukunft der Demokratie" ----- Zur. Jugendkongreß der SPD in Bad Godesberg	99
3 - 4	A L B E R T P R E U S S ----- Zu seinem 65. Geburtstag am 10. Januar 1969	61
5 - 6	Neue Verfassungsreform in Frankreich ----- Volksentscheid im Frühjahr 1969 Von Georg Scheuer, Paris	61

"Die junge Generation und die Zukunft der Demokratie"

Zum Jugendkongreß der SPD in Bad Godesberg

ler - Bei der ältesten und traditionsreichsten Partei in Deutschland braucht die junge Generation nicht um Verständnis für ihre Nöte, Wünsche und Hoffnungen zu werben. Die Sozialdemokratie, wie eh und je fest der Gegenwart verhaftet und der Zukunft zugewandt, hat den jungen Menschen stets Aufgeschlossenheit bekundet und sie als als Mitstreiter um die Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates und um die Selbstbehauptung unseres Volkes geachtet und geschätzt. Letzter Ausdruck dieser Grundhaltung ist der Beschluß der sozialdemokratischen Führungsgremien, das aktive Wahlrecht auf 18, das passive Wahlrecht auf 23 Jahre herabzusetzen. Die SPD hofft, im Bundestag dafür eine Mehrheit zu erhalten. Die junge Generation hat einen Anspruch darauf, ihr JA zu sagen, ihre Bedenken anzumelden und mitzuwirken, wenn es um die Bestimmung des Weges unseres Volkes und der inneren Gestaltung des demokratischen Staates geht.

Durch die heutige Jugend geht eine Welle des Unbehagens, des Aufbegehrens und eines manchmal spektakuläre und gewalttätige Formen annehmenden Protestes. Das Bestehende wird in Frage gestellt. Diese Jugend findet sich nicht mehr zurecht in einer Welt, in der die Menschen wohl fähig sind, den Mond zu umkreisen und bald auf ihm zu landen, aber anscheinend nicht in der Lage sind, die irdischen Angelegenheiten einigermaßen in Ordnung zu bringen. Dieser Protest hat weltweite Ausmaße angenommen; reaktionäre, fortschrittlich-demokratische und kommunistisch regierte Staaten haben es mit dem gleichen Phänomen zu tun. Studentenunruhen sind kein Monopol deutscher und französischer Studenten. Ihre Kommilitonen in Rom, in Tokio, in Nord-, Mittel- und Südamerika erfüllt die gleiche gärende Unruhe, sie mißachten etablierte Autoritäten. Auch die mächtige Sowjetunion bleibt davon nicht ausgenommen. Nur wissen wir zu wenig darüber. Sie ist immer noch eine geschlossene Gesellschaft, beharrlich bestrebt, sich von der Außenwelt abzuschirmen. Die Verurteilung junger Literaten und das Echo, das der Atomwissenschaftler Sacharov mit seiner aufsehen erregenden Denkschrift ausgelöst hat, lassen ahnen, wie unsicher sich die dort Etablierten fühlen, obwohl sie über ungeheure Macht verfügen. Doch Macht allein genügt nicht mehr. Ist sie ohne Moral, bleibt sie ein Ziel des Hasses und Ursache der Unrast. Wo bleibt die Moral der Mächtigen in Biafra und in Vietnam? Die Jugend stellt solche Fragen. Was dort geschieht, empfindet sie als eine Herausforderung.

Die Unrast unter der jungen Generation hat nicht nur studentische Aspekte. Sie beschränkt sich längst nicht mehr auf die Universitäten. Sie greift in den gesellschaftlichen und politischen Bereich hinein. Viele junge Menschen fühlen sich heute mißverstanden, ja verloren. Sie spüren instinktiv, daß sie in eine Welt hineinwachsen, die immer mehr nach technischer Perfektion strebt, aber anscheinend dabei vergißt, daß doch der Mensch im Mittelpunkt aller Dinge stehen soll. Diese Jugend liebt die Diskussion, sie ist kritisch und unpathetisch. Sie haßt die leeren Worte und die großen Gesten.

Jugend und Demokratie. Das ist ein großes und bewegendes Thema. Es zwingt zum Nachdenken und zur ständigen Selbstüberprüfung. Die Demokratie stellt an den Menschen große Anforderungen. Ihnen sollen sie gewach-

sen sein. Bei uns liegt da vieles im argen. Ein Nachholbedarf ist zu vollziehen. Die heutige junge Generation hat ein Recht, zu erfahren, worin ihre Väter sich versündigt haben und es an Wachsamkeit fehlen ließen. Für viele junge Menschen ist dies ein Stein des Ärgernisses, aber Rechthaberei und Hochmut sind auch kein Mittel, unsere Gesellschaft voranzubringen.

Nach dem Zusammenbruch haben alle Schichten unseres Volkes aus den Trümmern des Dritten Reiches im freien Teil Deutschlands wieder einen Staat aufgebaut, der durch das Grundgesetz sein Leitbild erhielt. Gewiß, es gibt in diesem Staat viele Mängel, aber vieles konnte auch von den Vätern des Grundgesetzes damals nicht vorausgesehen werden. Dennoch: Heute haben wir wieder vieles zu verteidigen. Wir können nicht zulassen, daß wieder zerstört wird, was unter Schweiß und Tränen aufgebaut wurde und was der Bundesrepublik Deutschland eine geachtete Stellung in der Welt einbringt. Der Hochmut gewisser, mit dem SDS und der anti-parlamentarischen Opposition sich identifizierender Jugendlicher ist eine Gefahr für den freiheitlichen Bestand unserer Gesellschaft, sie beschwört Gegenkräfte herauf, die in Reaktion und Faschismus landen. Das kann niemand wollen, dem die Weiterentwicklung unserer Demokratie am Herzen liegt.

Die deutsche Sozialdemokratie stellt sich der Diskussion mit der Jugend. Sie will ihr helfen, mit den uns all e bedrängenden Probleme der 70-er Jahre fertigzuwerden. Heute muß der junge Mensch lernen, wie er in einer sich schnell verändernden industriellen Welt rechtzeitig anpassen muß. Die heute 20-jährigen müssen damit rechnen, daß sie im Laufe ihres Lebens zwei- oder dreimal ihre Berufe wechseln müssen. Die Gesellschaft muß entsprechende Vorsorge dafür treffen. Entsprechende Gesetzentwürfe der SPD liegen im Bundestag vor.

Eine Partei wie die SPD kann die Jugend nicht ignorieren oder auf sie mit erhobenem Zeigefinger hinweisen, wenn diese Jugend sich mit ihrer Kritik an ungerecht empfundenen Zuständen überschlägt. Die Tagung in Bad Godesberg steht unter dem Motto "Die junge Generation und die Zukunft der Demokratie". Das ist ein weiter Bogen, der vieles einschließt. - Allerdings nicht jene Extremisten, die da glauben, sie könnten die Gesellschaft verändern, wenn sie deren Grundlagen zerstören. Die Demokratie, verwirklicht in allen gesellschaftspolitischen Bereichen, ist die uns gemäße Lebensform. Sie sichert uns vor dem Rückfall in die Diktatur und sie steht in Einklang mit der Weltentwicklung. Jeder Extremismus links oder rechts stört diesen notwendigen lebenssichernden Prozeß und wirft unser Volk in eine Vergangenheit zurück, deren Wiederbelebung mit Schrecken verbunden wäre.

Es werden zu den jungen Menschen beim Jugendkongreß der SPD viele sozialdemokratische Politiker sprechen. Sie vereinigen ins sich Erfahrung und den Willen, unsere Gesellschaft und unser Verhältnis zur Welt so zu gestalten, daß unser Volk in den nun ambrechenden 70-er Jahren als eine friedensfördernde Kraft bestehen kann. Ist dies nicht ein großes Ziel? Es schließt reformatorische, ja, wenn man so will, auch revolutionäre Motive ein; der Negativismus und die Anarchie allerdings schließt es aus.

Der Jugendkongreß der SPD soll und wird viele Antworten auf drängende Fragen geben.

+ + +

A L B E R T P R E U S S

Zu seinem 65. Geburtstag am 10. Januar 1969

sp - Der Leiter des Sekretariats des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Paris, Albert Preuss, vollendet am 10. Januar 1969 sein 65. Lebensjahr. Gleichzeitig begeht er sein 50-jähriges Gewerkschafts- und Partei-Jubiläum. Albert Preuss - seit 1918 Gewerkschafter - gehörte vor 1933 dem Buchdruckerverband an und ist seither Mitglied der Industriegewerkschaft Druck und Papier. Seine Arbeit in den Gewerkschaften und in der Sozialdemokratischen Partei sowie sein aktiver Kampf gegen den Nationalsozialismus zwangen ihn 1934 zur Emigration. In Frankreich schlug er sich zunächst als Landarbeiter und Bauarbeiter durch, später war er Deutschlehrer an einem französischen Gymnasium. 1936 wurde er Mitarbeiter des französischen Gewerkschaftsbundes und seit 1940 gehörte er der gewerkschaftlichen Widerstandsbewegung an.

Nach 1945 war Albert Preuss zunächst Mitarbeiter des Weltgewerkschaftsbundes, dem er bis zur Spaltung als Sekretär für die deutschsprachigen Länder angehörte. Unmittelbar nach Kriegsende hatte sich Preuss um die Erfassung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich und um deren Wiedereingliederung in das Arbeitsleben bemüht. Etwa 150.000 von ihnen, die in der Mehrzahl aus Ost- und Mitteldeutschland stammten und aufgrund der schwierigen Situation keine Möglichkeit hatten, in ihre Heimat zurückzukehren, haben sich dann in Frankreich eine neue Existenz gegründet. Sie fanden in den im Jahre 1948 von Albert Preuss in Zusammenarbeit mit der französischen Gewerkschaft "Force Ouvrière" geschaffenen deutschen Gewerkschaftssektionen nicht nur eine Vertretung ihrer Interessen als Arbeitnehmer, sondern haben eine breite soziale und kulturelle Tätigkeit entfalten können. Daraus ist eine fruchtbare deutsch-französische Zusammenarbeit erwachsen, ja, in dieser seit 20 Jahren von Deutschen und Franzosen gelebten Aus-söhnung ist ein Stück Europa entstanden. Als Mitglied der Vorberei-

tenden Kommission des Schumanplanes und des Gemeinsamen Marktes hat sich Albert Preuss ebenfalls Verdienste um die europäische Sache erworben.

Im Jahre 1951 gründete Albert Preuss gemeinsam mit dem verstorbenen ersten deutschen Botschafter nach dem Kriege, Professor Hausenstein, und Ludwig Rosenberg, dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, den Deutschen Hilfsverein, der sich die soziale Betreuung der in Frankreich lebenden Deutschen und die Begegnung der Jugend beider Länder zur Aufgabe gemacht hat. Preuss ist bis heute Vorsitzender dieser Institution, die jetzt den Namen Deutsches Sozialwerk trägt. Außerdem kann er auf eine lange journalistische Tätigkeit zurückblicken. Er ist Gründer und Chefredakteur des "Pariser Kurier", der deutschen Zeitung in Frankreich, die seit 1952 erscheint, und berichtet seit vielen Jahren über die soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung in Frankreich in der deutschen Gewerkschaftspresse.

Neben seiner intensiven Arbeit für die Arbeiterbewegung hat Albert Preuss insbesondere die deutsch-französische Verständigung zu seinem Anliegen gemacht und erhielt dafür mehrfach hohe Auszeichnungen. Bei den Aufgaben wird er auch in Zukunft verbunden bleiben.

Diese wenigen Zeilen vermögen nur unzulänglich darzustellen, was Albert Preuss tatsächlich für die Überwindung des Mißtrauens und der vielen Mißverständnisse zwischen Deutschen und Franzosen nach dem Zweiten Weltkrieg geleistet hat. Zu einer Zeit, da man in Paris noch unangenehm auffiel, wenn man deutsch sprach, also lange bevor es eine deutsche Botschaft in Frankreich gab, hat Albert Preuss, gemeinsam mit nur wenigen Freunden, die ersten internationalen Verbindungen der freien Deutschen Arbeiterbewegung zu einer damals noch feindlichen Umwelt hergestellt. Unzählige deutsche Kriegsgefangene verdanken es Albert Preuss, daß sie wieder Halt fanden und Hoffnung auf ein neues Leben schöpfen konnten. - Der Sozialdemokratische Pressedienst, der die Arbeit von Albert Preuss während vieler Jahre schätzen gelernt hat, wünscht dem jetzt 65-jährigen Freund, daß er noch lange zum Nutzen der guten deutsch-französischen Beziehungen wirken möge.

+ + +

Neue Verfassungsreform in Frankreich

Volksentscheid im Frühjahr 1969

Von Georg Scheuer, Paris

Eine neue Verfassungsreform wird in Frankreich aktiv vorbereitet. Sie umfaßt drei Kapitel: Abschaffung des Senats, Regionalisierung, Partizipation.

Die Nationalversammlung befaßt sich in ausführlichen Debatten mit den damit zusammenhängenden Problemen, wird aber darüber nicht abstimmen. Wie schon 1958 und 1962 soll auch die neue Verfassungsreform durch einen Volksentscheid beschlossen werden, voraussichtlich im Frühling 1969.

Ständekammer

An erster Stelle der Verfassungsreform steht die Abschaffung des Senats. Das französische Oberhaus wird seit langem vom gaullistischen Regime als lästig empfunden und soll durch eine Berufsstände-Kammer ersetzt werden, die hauptsächlich aus "Vertretern der verschiedenen regionalen Aktivitäten" bestehen wird.

Zugleich sollen die Befugnisse des Staatspräsidenten erweitert werden. Bis jetzt hatte er das Recht, den Regierungschef zu ernennen. Nun soll er auch die Möglichkeit erhalten, ihn abzusetzen; das ist bis jetzt nur auf parlamentarischem Wege möglich (Mißtrauensvotum oder abgelehnte Vertrauensfrage mit Auflösung der Nationalversammlung und Ausschreibung von Neuwahlen).

Außerdem sollen künftighin im Falle einer Verhinderung des Staatspräsidenten nicht der Senatspräsident, sondern der Premierminister provisorisch die Geschicke des Landes leiten.

Regionalisierung

Seit Generationen bleibt Frankreichs Entwicklung infolge einer zu straffen Zentralisierung zurück. Es ist dies eine Erbschaft des Ancien Régimes und der Großen Revolution. Die Notwendigkeit einer "Dezentralisierung" wird allgemein anerkannt. Zugleich ringen jedoch in Parteien und Kreisen sogenannte "Jakobiner" (Zentralisten) und "Giron-

disten" (Föderalisten) um einen Ausweg. Gerade im Gaullismus sind die zentralistischen Tendenzen stark und können von klarblickenden Männern nur schrittweise zurückgedrängt werden.

Das Regionalisierungsprojekt liegt nun in seinen großen Linien vor und wird wahrscheinlich bis zum Volksentscheid nur noch in untergeordneten Punkten abgeändert werden. Demnach soll Frankreich in mehrere "Länder" aufgeteilt werden, die entweder historischen Provinzen entsprechen oder neuen industriellen Gegebenheiten Rechnung tragen.

Wie sich jetzt herausstellt, sollen die neuen "Landtage" nicht durch direkte Volkswahl zustandekommen, sondern durch indirekte Wahlen und Ernennungen! Begründung des hierfür verantwortlichen Ministers Jeanneney: Landtagswahlen könnten zu "politischer Agitation" führen.

Nicht nur in der Opposition, auch im regierungstreuen Lager kritisiert man dieses nicht gerade demokratische Projekt. Anscheinend befürchtet der Gaullismus, daß normale Provinzwahlen zu widerspenstigen Landtagen führen könnten. Damit ist aber auch der ganze Wert der geplanten Föderalisierung oder Regionalisierung stark gemindert.

"Partizipation"

Als dritter Punkt soll die sogenannte "Partizipation" (Beteiligung oder Mitbestimmung) dem Wählervolk zur Bejahung vorgelegt werden; wahrscheinlich in Form eines Rahmengesetzes, laut welchem die "Partizipation" grundsätzlich für Arbeitnehmer im Produktionsprozeß, Studenten in den Universitäten und auch für andere Gebiete des öffentlichen Lebens gelten soll.

Bis jetzt fand das nebulöse Schlagwort jedoch wenig Anklang. Die Arbeitgeber befürchten eine weitere Einschränkung ihrer Autorität und neue Ermunterung revolutionärer Umtriebe. Die Gewerkschaften wieder sprechen von "Augenauswischerei" und "Humbug"; ähnlich ist auch die Haltung der Studenten.

In politischen Kreisen schließlich meint man, echte Mitbestimmung sei derzeit selbst auf parlamentarischer und ministerieller Ebene nicht gewährleistet. Gerade die Abschaffung des Senats, die Einführung einer Ständekammer bestehend aus zumeist indirekt gewählten oder ernannten Abgeordneten, sowie die Schaffung von Landtagen bei gleichzeitigem Verzicht auf Landtagswahlen verstärken diesen Eindruck.